

Baugenehmigung wird verlängert

Borgfelder Warft: Beiratsprecher Karl-Heinz Bramsiepe sieht verankerte Rechte missachtet

VON PETRA SCHELLER

Borgfeld. Jetzt steht es also fest: Der Bauantrag für die Borgfelder Warft wird um zwei weitere Jahre verlängert, so hieß es vorgestern auf Anfrage unserer Zeitung aus der Pressestelle des Bremer Senators für Umwelt, Bau und Verkehr. Seit Mitte November liegt der Baubehörde ein Antrag der Senatorin für Soziales für eine Verlängerung der Borgfelder Flüchtlingsunterkunft vor. Die Zukunft der Wohncontainer, in denen zur Zeit 32 unbegleitete junge Flüchtlinge leben, war bislang ungewiss. Die Frist für die Genehmigung lief bereits am 12. Dezember ab. Das Projekt sei seither in „eine Duldung übergegangen“, heißt es aus dem Bauordnungsamt. Zur Zeit werde der Verlängerungsantrag aus dem Sozialressort noch weiter geprüft. Der Übergang sei jedoch „jederzeit abgeschlossen“, so Pressesprecher Jens Tittmann. „Die Genehmigung geht in Kürze raus.“

Zuvor hatten Mitglieder des Borgfelder Beirats Akteneinsicht in der Causa Borgfelder Warft beim Bauressort gefordert. Und bekommen. Einem persönlichen Gespräch

„Das Bauordnungsamt hat die Mappen auf den Tisch gelegt.“

Jens Tittmann

zwischen Behörde und Beirat Mitte November folgten weitere Gespräche, heißt es. „Der Beirat ist angehört worden. Das Bauordnungsamt hat die Mappen auf den Tisch gelegt.“ So kommentiert der Pressesprecher Jens Tittmann die Anschuldigungen des Beiratsprechers Karl-Heinz Bramsiepe (CDU), der sich vor ein paar Tagen in einem offenen Brief an Bausenator Joachim Lohse wandte. Darin heißt es, der Beirat wende sich „mit Nachdruck gegen die Missachtung der gesetzlich verankerten Beiratsrechte in Zusammenhang mit der Entscheidung über den Bauantrag über eine Verlängerung der erteilten befristeten Baugenehmigung für die Wohncontainer“. Der Beirat fordere „sein Recht auf volle Einbeziehung in alle Handlungsschritte des Genehmigungsverfahrens“.

In drei Punkten sieht der Bauausschuss des Beirats Borgfeld – mit großer parteiübergreifender Mehrheit, wie es in dem Brief des Sprechers heißt –, noch Klärungsbedarf, bevor über die Verlängerung der Baugenehmigung entschieden werden könne. Dabei geht es um ein neues Baurecht



Die Baugenehmigung für die Borgfelder Warft wird wohl um zwei Jahre verlängert. FOTO: HASSELBERG

aus dem Herbst vergangenen Jahres, das die Aufstellung mobiler Unterkünfte auf 33 Monate beschränke. Über den Antrag können

nicht entschieden werden, solange „sich der Bauantrag auf eine Verlängerung oberhalb des 11. Januar 2018“ beziehe. Zwei-

tens geht es um die Berücksichtigung von Beteiligungsrechten von Nachbarn. Drittens fehle ein behördlicher Nachweis für die Notwendigkeit der Verlängerung – insbesondere vor dem Hintergrund bestehender Flüchtlingsunterkünfte.

Aus dem Sozialressort der Bremer Senatorin Anja Stahmann heißt es dazu aus dem Referat Junger Menschen in besonderen Lebenslagen in einem Antwortbrief: Die Einrichtung Warft sei in Borgfeld etabliert und die Jugendlichen sind mittlerweile im Sozialraum gut vernetzt. Es wird auf den besonders hohen Betreuungsschlüssel von Sozialarbeitern, Erziehern und auch geeigneten Kulturmittlern hingewiesen. „Kurzum, die Bedingungen für die Unterbringung junger Flüchtlinge in einer Jugendhilfeeinrichtung sind sowohl fachlich, als auch von der gesamten Infrastruktur der Einrichtung vorbildlich.“ Momentan gebe es im Angebotssegment der Borgfelder Warft – „sieben Tage Wohngruppe, rund um die Uhr betreut“ – weitere 330 Plätze in Bremen und „in keiner dieser Einrichtungen stehen Plätze langfristig leer“, heißt es in dem Schreiben aus dem Sozialressort.

Ob sich der Streit im Borgfelder Beirat nun mit der Entscheidung der Verlängerung beilegt, bleibt abzuwarten. Die Unterbringung junger unbegleiteter Flüchtlinge am Borgfelder Hamfhofsweg war bereits mehrfach zum Zankapfel unterschiedlicher politischer Interessen geworden. Laut, wenig lösungsorientiert und auch unsachlich ging es dabei in vergangenen Beiratssitzungen zu: Die Mehrheitsfraktion der CDU lehnt eine Verlängerung der Unterbringung am jetzigen Standort bislang kategorisch ab – und führte zuletzt juristische Mängel an, die vor einer Bewilligung eines Verlängerungsantrages der Wohncontainer zu prüfen seien. Sozialdemokraten und Grüne loben indes das Projekt und plädieren für eine Fortsetzung der Integrationsarbeit. Die Warft sei ein gelungenes Modell, insbesondere durch die professionelle Unterstützung des bürgerschaftlich organisierten Runden Tisches von rund 50 Ehrenamtlichen, die maßgeblich zur Integration der Jugendlichen in Sportvereine, Deutschkursen und an Schulen beitragen würden. Anfang Dezember hatten sich diese gemeinsam mit Borgfelder Bürgern auf den Weg gemacht, um für den Erhalt der Flüchtlingsunterkunft zu demonstrieren. Jetzt hat das Bremer Bauressort in ihrem Sinne entschieden. Der Ball liegt nun wieder im Spielfeld der Borgfelder. Dazu sagt eine Referentin aus dem Sozialressort: „Man wird aus ihnen nicht so recht schlau. Zieht man die Flüchtlinge ab, so wie im Fall Hein Hoyer, gibt es großes Bedauern. Bringt man sie im Stadtteil unter, ist es, zumindest zeitweise, auch nicht so einfach.“